

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Marcel Scharrelmann (CDU)

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung

**Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 20. Mai 2025: Wie ist die wirtschaftspolitische Verantwortung zwischen Staatskanzlei und Wirtschaftsministerium verteilt?**

Anfrage des Abgeordneten Marcel Scharrelmann (CDU), eingegangen am 10.06.2025 -  
Drs. 19/7399,  
an die Staatskanzlei übersandt am 11.06.2025

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung vom 10.07.2025

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Der neue Ministerpräsident führte in seiner Regierungserklärung vom 20. Mai 2025 aus, dass die wirtschaftliche Entwicklung „Chefsache“ sei, gleichzeitig aber Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne der „entscheidende Player“ sein werde.

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Ministerpräsident Lies führte in seiner Regierungserklärung am 20. Mai 2025 vollständig zitiert wie folgt aus: „Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, liebe Kolleginnen und Kollegen, war schon bislang unter Stephan Weil stets Chefsache, und das wird sie auch zukünftig sein. Der entscheidende Player aber wird in Zukunft Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne sein...“.

Insoweit hat sich nach Auffassung der Landesregierung an der grundsätzlichen Verteilung der Aufgaben innerhalb der Landesregierung nichts geändert.

Dies vorangestellt, werden die nachfolgenden Fragen wie folgt beantwortet:

**1. Welche konkreten Kompetenzen zur wirtschaftspolitischen Steuerung liegen künftig in der Staatskanzlei und welche im Wirtschaftsministerium?**

Die Staatskanzlei koordiniert unter Beachtung der Ressortverantwortung die Aufgaben der Ministerien, die unter ihrer Führung zentrale Regierungsvorhaben konzipieren, planen und durchführen. Die strategische und fachliche Ausgestaltung sowie die Umsetzung wirtschaftspolitischer Maßnahmen wird in diesem Rahmen weiterhin vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen (MW) verantwortet.

Die Staatskanzlei hat mit der Neubildung der Landesregierung am 20. Mai 2025 zusätzliche Kompetenzen in den Bereichen der Digitalisierung, der strategischen Angelegenheiten der Dekarbonisierung der Wirtschaft, der Verfahrensvereinfachung und der Vereinfachung von Förderverfahren erhalten, die einer ressortübergreifenden Steuerung und Koordinierung bedürfen.

**2. Gibt es eine formalisierte Abstimmungsstruktur zwischen Staatskanzlei und Wirtschaftsministerium im Bereich Wirtschaftspolitik?**

Zwischen der Staatskanzlei und dem MW besteht eine enge und kontinuierliche Abstimmung im Bereich der Wirtschaftspolitik. Diese erfolgt in verschiedenen Formaten, u. a. durch regelmäßige Gespräche auf den unterschiedlichen Hierarchieebenen wie z. B. in der sogenannten Routine des Ministerpräsidenten mit dem Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen.

**3. Welche zentralen wirtschaftspolitischen Vorhaben werden gegebenenfalls derzeit in der Staatskanzlei koordiniert?**

Von der Staatskanzlei wird die Umsetzung der „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) Wasserstoff sowie der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Niedersachsen unter Beteiligung des MW koordiniert. Bund und Land stellen für zwölf IPCEI Großprojekte rund 2,5 Milliarden Euro Fördermittel zur Verfügung. Im Fokus steht dabei das SALCOS Projekt der Salzgitter AG, Wasserstoffpipelines als Teil des Kernnetzes und Elektrolyseure zur Versorgung der Industrie mit klimaneutralen Energieträgern.

Des Weiteren wird seitens der Staatskanzlei die Umsetzung des Net Zero Industry Acts (NZIA) in Niedersachsen verantwortet und demzufolge auch das damit verbundene, zentrale Vorhaben eines Net Zero Valleys „Net Zero Nordwest Deutschland“, dessen Ziel es ist, die strukturellen, geografischen und technologischen Standortvorteile der Region zu bündeln und deren Sichtbarkeit als europäische Schlüsselregion für Netto-Null-Technologien deutlich zu erhöhen.